

Beschluss des Landesvorstandes 02.12.2024 in folgender Fassung:

Initiativantrag Nr. 01/II/2024
Antragsteller*innen: GLV

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2

3 **Bundestagswahl zur Richtungsentscheidung machen**

4 *Am 6. November 2024 hat Bundeskanzler Olaf Scholz mit Verweis darauf, dass eine Fiskalpolitik der*
5 *schwarzen Null den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht werden kann, den Bundesminister der*
6 *Finanzen, Christian Lindner, entlassen und damit die Ampelkoalition beendet. Bundeskanzler Scholz*
7 *will am 16. Dezember 2024 die Vertrauensfrage stellen. Bundespräsident Steinmeier wird dann den*
8 *Bundestag auflösen und vorgezogene Neuwahlen ansetzen. So werden wir am 23. Februar 2025 einen*
9 *neuen Bundestag wählen und danach eine neue Bundesregierung bilden.*

10 Nach der Wiederwahl von Donald Trump stehen Deutschland und Europa vor neuen
11 Herausforderungen. Indem Olaf Scholz die Finanzierung der militärischen und zivilen Unterstützung
12 der Ukraine außerhalb des Haushalts sicherstellen wollte, hat er versucht, eine dieser
13 Herausforderungen schnell zu beantworten. Der Bundesfinanzminister hat sich diesem Schritt
14 verweigert und damit deutlich gemacht, dass diese Koalition nicht mehr in der Lage ist, die selbst
15 gesteckten Ziele zu erfüllen. Die FDP stellt den Fetisch der schwarzen Null und die Ideologie der
16 Austerität über alles und spielt die Themen der äußeren, inneren und sozialen Sicherheit
17 gegeneinander aus. Dies ist mit der Sozialdemokratie nicht zu machen.

18 Dieser Konflikt hat aber auch gezeigt, dass Deutschland vor einer Richtungsentscheidung steht. Als
19 Sozialdemokrat*innen müssen wir diese Entscheidung gemeinsam beantworten. Dabei haben die US-
20 Wahlen deutlich gemacht, dass die Wähler*innen ihre wirtschaftliche Lage schlechter einschätzen, als
21 die tatsächliche Entwicklung. Als Partei müssen wir diesen Abstiegsängsten begegnen und einen Weg
22 aus durch die Transformation zeichnen, der die Breite der Gesellschaft besserstellt. Die Sicherung des
23 Lebensstandards und der soziale Aufstieg muss für uns im Vordergrund stehen.

24 Global gesehen ist Deutschland – neben Argentinien – das letzte Land, in dem maßgebliche politische
25 Akteure noch der neoliberalen Ideologie frönen und glauben, mit globalem Freihandel und
26 fiskalpolitischer Austerität der dreifachen Transformation – hin zu einer klimaneutralen, digitalen und
27 resilienten Ökonomie und Gesellschaft – gerecht zu werden. Die „schwarze Null“ ist aber weltweit
28 inzwischen ein Inbegriff für eine wirtschafts- und fiskalpolitische Isolation Deutschlands geworden.
29 Die Stärke der deutschen Wirtschaft hat in den letzten Jahren ausgereicht, die mit dieser Politik
30 einhergehenden Verteilungskonflikte mit viel Geld notdürftig zu flicken. Nach der Coronakrise und
31 dem Energiepreisschock im Zuge des russischen Angriffskriegs sind diese Spielräume jedoch
32 aufgebraucht. Olaf Scholz hat daher Recht, wenn er feststellt, dass die Menschen in Deutschland jetzt
33 die Wahl haben müssen. Entweder kann die Verteilungsfrage konfrontativ gegen die finanziell
34 Schwächeren in der Gesellschaft beantwortet werden. Oder wir müssen die Investitionen zur
35 Bewältigung der gewaltigen Herausforderungen der aktuellen Zeit für Gesellschaft und Wirtschaft als

36 Zukunftsaufgabe verstehen und entsprechend tätigen. Für uns als SPD ist die Wahl klar. Wir lehnen
37 marktliberale Rezepte ab. Sie werden einer Welt, die vom geoökonomischen Wettbewerb erschüttert
38 wird, nicht funktionieren. Als SPD müssen wir daher in den kommenden Wochen deutlich machen,
39 dass wir die Kompetenz besitzen, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und dabei gerade Menschen
40 mit mittlerem, niedrigem oder ohne Einkommen zur Seite zu stehen sowie den Standort Deutschland
41 zu stärken.

42 **1. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist die Grundlage für einen starken Staat**

43 Der scharfe geopolitische Wettbewerb besonders zwischen den USA und China erhöht den Druck auf
44 Verbündete und Partner, Investitionsentscheidungen aus geopolitischer Perspektive zu treffen.
45 Unternehmen stehen vor der Wahl zwischen rivalisierenden IT-Infrastrukturen, Märkten und
46 Währungssystemen. Die Diversifizierung, vor allem im Hochtechnologiesektor, beschleunigt sich. Am
47 Ende dieser Entwicklung könnten konkurrierende Wirtschaftsblöcke entstehen. Zusammen verändern
48 diese Trends die Funktionsweise der Weltwirtschaft. Das Paradigma verschiebt sich von Effizienz zu
49 Resilienz. Dem Staat kommt zunehmend die Aufgabe zu regulierend einzugreifen. Auch daran zeigt
50 sich, dass das neoliberale Wirtschaftsmodell ausgedient hat.

51 Vor diesem Hintergrund wurde Deutschland eine langfristige Wachstumsschwäche und fehlende
52 Wettbewerbsfähigkeit prognostiziert. Dafür sind drei strukturelle Gründe maßgeblich: fehlende
53 private Investitionen und Innovationen in den wirtschaftlichen Umbau, fehlende staatliche
54 Investitionen in die vielfach marode Infrastruktur und fehlende Zuwächse in der Produktivität der
55 deutschen Unternehmen. Die aktuelle Stagnation des Marktes in Deutschland macht sich
56 insbesondere im industriellen Bereich bemerkbar, wo wir nicht nur Produktionsrückgänge, sondern
57 auch ernstzunehmende Verlagerungen von Zukunftsinvestitionen beobachten müssen. Inmitten eines
58 drohenden Handelskriegs zwischen den USA und China müssen sich in Zukunft Europa und die
59 deutsche Wirtschaft behaupten und die von Donald Trump angekündigten Zölle auf europäische
60 Güter einplanen.

61 Die Stärkung des Industriestandorts Deutschland erfordert deshalb umfangreiche Investitionen in die
62 Infrastruktur (wie Mobilität, Digitalisierung und Bildung), die die Energie- und Wärmeversorgung und
63 den Klimaschutz. Die Transformation bietet gemeinsam mit unseren europäischen und
64 internationalen Partner*innen zahlreiche Chancen, um regelbasierte Systeme des Welthandels und
65 der Geopolitik zu stärken. Unsere Energiebedarfe können wir gemeinsam mit Staaten Zentralasiens
66 und Afrikas in Angriff nehmen. Wir benötigen bspw. neue nachhaltige Partnerschaften auf
67 Augenhöhe für unseren Handel und unsere Lieferketten, um uns weiter zu diversifizieren und damit
68 resilienter zu werden. Unsere resilienten Lieferketten können wir mit Hilfe osteuropäischer und an
69 Europa angrenzender Märkte verstärkt sicherstellen. Die kommende Bundesregierung muss daher
70 eine Diplomatie-Offensive in Europa und mit unseren Nachbarn und der Zusammenarbeit in der EU
71 starten. Dies erfordert eine klare Zielsetzung, ein abgewogenes Vorgehen und Realismus, denn wir
72 glauben nicht an ein kurzfristiges Freihandelsabkommen Europas mit den USA zur Schaffung eines
73 integrierten Markts. Wir bekennen uns zugleich zu den Lieferkettengesetzen in Deutschland und
74 innerhalb der EU und werden diese verteidigen, um Menschenrechte zu stärken, die Umwelt zu
75 schützen und die Ausbeutung stoppen.

76 Eine SPD geführte Bundesregierung muss weiter daran arbeiten, bürokratische Hürden und
77 überflüssige Regulierungen abzubauen. Insbesondere in Wege der Digitalisierung werden wir
78 Bürokratie reduzieren und Verwaltungsverfahren beschleunigen. Wir müssen Zukunftsbranchen
79 identifizieren und dafür klare industriepolitische Korridore entwickeln. Wir wollen unsere
80 Investitionsförderung in Deutschland und Europa grundsätzlich neugestalten. Dabei sollen
81 Investitionen steuerlich gefördert werden, um Unternehmen in ihrer Zukunftsfähigkeit zu
82 unterstützen. Im Gegenzug müssen die Unternehmen in innovative Zukunftsprodukte und

83 Dekarbonisierung investieren sowie mitbestimmte und tarifgebundene Arbeitsplätze sicherstellen.
84 Zur Stärkung des Binnenmarkts und der Rahmenbedingungen für Unternehmen in Europa ist ein
85 Arbeitsprogramm der Kommission mit Schwerpunkten bei der Wettbewerbsfähigkeit, bei
86 Investitionen, der Innovationsförderung sowie struktureller Reformen notwendig. Wir wollen einen
87 intelligenten Mix staatlicher Investitions- und Industriepolitik, eine kluge Angebotspolitik und ein
88 Programm zur umfassenden Entbürokratisierung in Deutschland und Europa.

89 Für den zukünftigen Ausbau Erneuerbarer Energien hat die Bundesregierung wichtige Weichen
90 gestellt: Mit der Verfahrensbeschleunigung und dem Vorrang von Infrastrukturen vor lokalen
91 Einzelbelangen konnten insbesondere der Ausbau Erneuerbarer Energien und der Stromnetze massiv
92 beschleunigt werden. Das ist gut für unsere Gesellschaft, denn es ist die Grundlage eines resilienten
93 Energieerzeugungssystems. Eine bezahlbare und stabile Energieerzeugung erfordert zweierlei:
94 Einerseits müssen Finanzierungskosten runter, in dem Marktrisiken verringert werden und langfristige
95 Planungssicherheiten ermöglicht werden. Dabei fördert der Staat Investitionen und senkt die
96 Finanzierungskosten. Die Investoren tragen das unternehmerische Risiko. Diese Aufgabenteilung ist
97 ein wesentlicher Grund für den Erfolg des US-Inflation-Reduction-Acts. Andererseits müssen in den
98 kommenden Jahren Stromspeicher und -netze ausgebaut und das Stromsystem flexibler werden, um
99 Systemkosten finanziell stabil zu halten. Dabei wird uns der Einsatz von Strom im Transport und in der
100 Wärme (Sektorkopplung) massiv helfen. Für die Dekarbonisierung arbeiten wir an einem
101 leistungsfähigen Wasserstoffnetz und unterstützen die heimische Herstellung von grünem
102 Wasserstoff. Neue Wasserstofffähige Gaskraftwerke müssen als Ersatz für die vom Netz gehenden
103 Kohlekraftwerke zügig errichtet werden.

104 Die Schlüsselindustrien Deutschlands (Maschinen- und Anlagenbau, die Automobil-, Chemie, Metall-
105 und Stahlindustrie) stehen unter einem hohen Transformations- und Konkurrenzdruck. Besonders die
106 Dominanz Chinas und anderer asiatischer Länder bei Solar- und Halbleitertechnik, E-Fahrzeug- und
107 Batterietechnik sowie die zunehmende Abschottung von wichtigen Exportmärkten verschärfen den
108 Wettbewerb.

109 Unsere Industrie, unser produzierendes Gewerbe und andere energieintensive Sektoren wie
110 Rechenzentren benötigen eine kurzfristige Senkung der Industriestrompreise, die sich am niedrigsten
111 EU-Niveau orientieren. Mittelfristig muss die nächste Bundesregierung eine Marktreform auf den
112 Weg bringen. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass der Strommarkt dauerhaft von den
113 Steuerzahler*innen subventioniert wird, wenn zugleich einzelne Unternehmen jährliche Gewinne im
114 Milliarden-Bereich erzielen können. Stattdessen wollen wir die Gewinne dafür nutzen, die
115 Strompreise insbesondere für die Unternehmen zu senken und zu stabilisieren.

116 Wir wissen um die Stärken unserer Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die Innovationskraft
117 der Startups und der Digital-Wirtschaft. Die Vernetzung mit der Industrie muss noch besser gelingen.
118 Innovationen müssen in Deutschland skaliert werden. Besonders in ostdeutschen Bundesländern
119 muss die regionale Industrie gefestigt und ausgebaut werden. In Förderprogrammen ist es deshalb
120 wichtig, dass besonders Verbünde aus Forschung und Entwicklung, Innovativwirtschaft und regionale
121 Industrie gebildet und unterstützt werden.

122 Uns beunruhigen die Ankündigungen von Entlassungen aus der Auto- und Zulieferindustrie. Wir
123 werden bewährte Arbeitsmarktinstrumente dort einsetzen, wo wir Beschäftigung halten und Betriebe
124 aus der Krise führen können. Deshalb stehen wir im Kampf um die Sicherung von guter Arbeit an der
125 Seite der DGB-Gewerkschaften. Mit Job-Drehscheiben unterstützen wir den Erhalt und die
126 Vermittlung von Arbeitsplätzen im industriellen Bereich. Wir halten Fach- und Arbeitskräfte dort, wo
127 ihre Kompetenzen gebraucht werden.

128 Besonders in Ostdeutschland besteht eine große Abhängigkeit von der Automotiv-Industrie. Hier sind
 129 25% der ostdeutschen Industriearbeitsplätze mittel- oder unmittelbar von der Fahrzeugindustrie
 130 abhängig. Sie nimmt auch eine entscheidende Rolle ein für die sozio-ökonomische Entwicklung in den
 131 strukturschwachen Regionen und schafft dort Einkommen, Lebenssicherheit sowie gesellschaftliche
 132 Teilhabe. Deshalb setzen wir uns besonders für den Erhalt der industriellen Leuchttürme der großen
 133 Automobilhersteller und Zulieferer in Ostdeutschland ein. Gerade in Ostdeutschland leisten die vom
 134 BMWK geförderten Transformationsnetzwerke eine wichtige Arbeit für die Transformation mit und
 135 für die Beschäftigten. Die bundesdeutschen Netzwerke müssen deshalb über den derzeitigen
 136 Förderzeitraum 2025 weitere drei Jahre durch den Bund finanziell gesichert werden.

137 Zur Fachkräftesicherung müssen wir die Erwerbstätigkeit von Frauen vereinfachen. 70 % der Mütter
 138 mit Kindern unter 12 Jahren arbeiten in Teilzeit. Hinzu kommt, dass Frauen ihre Erwerbsarbeitszeit
 139 mit zunehmendem Alter der Kinder meistens nicht mehr auf das Niveau vor der Familienphase
 140 steigern. Deshalb rutschen viele Frauen nach einer Trennung oder im Alter in Armut. Dem wirken wir
 141 entgegen, indem wir die Kinderbetreuung deutschlandweit ausbauen und verbessern, Anreize für
 142 eine faire Verteilung der Sorgearbeit setzen, für eine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen
 143 sorgen und endlich das Ehegattensplitting abschaffen. Wir wollen, die Familienstartzeit endlich
 144 umsetzen und einen gestaffelten Mutterschutz bei Fehlgeburten einführen. Auch Selbständige
 145 müssen einen Anspruch auf Mutterschutz erhalten.

146 Der europäische und deutsche Wirtschaftsstandort hängt maßgeblich von einer ausreichenden
 147 Anzahl an Beschäftigten ab. Wir müssen deshalb verstärkt inländische Fachkräftepotenziale
 148 mobilisieren und eine niedrighschwellige Fachkräfteeinwanderung sicherstellen. Das
 149 Fachkräfteeinwanderungsgesetz war dabei ein großer Fortschritt, der nach einem Jahr positive
 150 Entwicklungen aufzeigt. So ist ein Anstieg von zehn Prozent bei der Erteilung von Visa zu
 151 Erwerbszwecken zu beobachten. Dieser Weg muss in den nächsten Jahren entschlossen
 152 weitergegangen werden.

153 Deutschland ist ein Einwanderungsland, aber auch ein Rückwanderungsland. Zu viele Menschen
 154 verlassen innerhalb der ersten beiden Jahre nach Einwanderung Deutschland. Dafür müssen wir unter
 155 anderem vier wesentlichen vier Abwanderungsgründe beseitigen: Erstens: Wir müssen Menschen
 156 und ihren Familien eine dauerhafte Bleibe- und Teilhabeperspektive bieten. Zweitens müssen wir die
 157 sprachlichen Hürden auf dem deutschen Arbeitsmarkt senken. Drittens müssen wir Qualifikationen
 158 unbürokratischer anerkennen und Möglichkeiten schaffen, fehlende Qualifikationen kurzfristig zu
 159 erwerben und die Bürokratie vor allem in Kammerberufen abbauen. Viertens müssen wir den
 160 rassistischen und diskriminierenden Strukturen und Vorurteilen in unserer Gesellschaft und unserem
 161 Arbeitsmarkt entgegentreten damit Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen möglich
 162 wird. Es ist richtig, wenn wir im Rahmen von Abkommen mit Herkunftsstaaten langfristige
 163 Anwerbeabkommen vereinbaren.

164 Der Job-Turbo für geflüchtete Menschen, den der Bundesarbeitsminister gemeinsam mit der
 165 Bundesagentur für Arbeit entwickelt hat, zeigt, wie gut die Integration in den Arbeitsmarkt und in das
 166 Unternehmen gelingt, wenn eine entsprechende Begleitung sichergestellt ist.

167 **2. Sicherheit und Respekt durch gute Arbeit und gerechte Löhne**

168 Die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs treffen besonders Menschen mit niedrigem und
 169 mittlerem Einkommen. Wenngleich die Inflation durch die Maßnahmen der Bundesregierung wieder
 170 auf die Zwei-Prozent-Marke gesenkt wurde, wirken die hohen Preise bis heute fort. Die
 171 Arbeitnehmenden, Selbstständigen und Menschen, die (kostenlose) Sorgearbeit leisten, sind das
 172 maßgeblich für unseren Wohlstands. Egal ob sie Vollzeit oder Teilzeit arbeiten, egal ob in der
 173 Produktion, in Dienstleistungs- oder in sozialen Berufen – sie sind die wahren Leistungsträger*innen

174 in unserem Land. Unsere Politik zielt darauf ab, diesen Menschen eine wirtschaftliche Grundlage zu
 175 ermöglichen, die ihnen Zuversicht und Sicherheit gibt. Es ist unerträglich, wenn die Breite der
 176 Gesellschaft Einbußen erleidet, während sich ein kleiner Teil sich an gesellschaftlichen Krisen
 177 bereichert. Diese ungerechte Vermögens- und Lastenteilung werden wir beenden. Wir wollen die
 178 Phase der Reallohn- und Kaufkraftverluste endgültig hinter uns lassen.

179 Sozialdemokrat*innen haben die Einführung des Mindestlohns in Deutschland durchgesetzt. Damit
 180 haben wir die Grundlage geschaffen, dass Menschen aus eigenem Arbeitseinkommen dauerhaft der
 181 Armut entwachsen und ein selbstbestimmtes Leben führen können. Über sechs Millionen
 182 Beschäftigte und vor allem Frauen, die im besonderen Maße Teilzeit, Helfer- oder Anlern Tätigkeiten
 183 ausüben, haben davon profitiert. Im Geist der bewährten Sozialpartnerschaft sollte dieser
 184 armutsfeste Mindestlohn durch die Mindestlohnkommission fortgeschrieben werden. Ausgerechnet
 185 als die Inflation zuschlug und die explodierenden Energiepreise nach Monaten der Corona bedingten
 186 Kurzarbeit für viele Menschen einen echten Reallohnverlust bedeutete, wurde diese Partnerschaft
 187 aufgekündigt. Wir sind der Überzeugung, dass ein armutsfester Mindestlohn zügig auf 15 Euro
 188 festgesetzt werden muss der fortlaufend sich zu jeder Zeit ein armutsfestes Niveau sicherstellen
 189 muss. Dafür werden wir Sozialdemokrat*innen in einer neuen Bundesregierung kämpfen.

190 Ein weiterer Grund für gute Arbeitsbedingungen sind aktive Gewerkschaften und Betriebs- bzw.
 191 Personalräte. Mit dem Bundestariftreuegesetz wollen wir Gewerkschaften stärken und gute Löhne
 192 nachhaltig sichern. Wenn öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif
 193 bezahlen, wird für Millionen Arbeitnehmer*innen das Lohnniveau gestärkt.

194 Wenngleich der Niedriglohnsektor durch die Bundesregierung deutlich gesenkt wurde, ist der Anteil
 195 der prekären Beschäftigungen zu hoch. Damit ist für zu viele Menschen eine wirtschaftliche
 196 Unsicherheit verbunden. Wir müssen prekäre Beschäftigungsverhältnisse deutlich zurückdrängen. Die
 197 Zahl geringfügiger Beschäftigungen muss reduziert und die sachgrundlose Befristung abgeschafft
 198 werden.

199 Aber eines ist auch klar: In Zeiten, in denen wir wieder mit steigender Arbeitslosigkeit konfrontiert
 200 werden und zudem 22% der Jugendlichen ohne qualifizierenden Abschluss auf den Arbeitsmarkt
 201 kommen, muss die Arbeitslosenversicherung noch bessere Angebote für Aus- und Fortbildung sowie
 202 Qualifizierung unterbreiten. Die SPD setzt sich weiterhin für eine deutlich höhere
 203 Mindestausbildungsvergütung ein. Gleichzeitig muss es unser Ziel sein, die Zahl der Jugendlichen
 204 ohne Abschluss durch Bildungsinvestitionen zu halbieren. Gleichzeitig sind im Bereich der Ausbildung
 205 auch die Unternehmen in der Verantwortung gute Ausbildungsplätze und -bedingungen zu schaffen.
 206 Auf die Freiwilligkeit der Unternehmen zu setzen, kann nicht länger die Lösung sein. Hier werden wir
 207 klare, gesetzliche Vorgaben schaffen, um die Ausbildung attraktiver zu gestalten.

208

209 **3. Das Leben in der Stadt und auf dem Land muss bezahlbar bleiben**

210 Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten brauchen die Löhne immer stärker auf. Wirtschaftliche
 211 Entwicklungen dürfen nicht auf den Rücken der Arbeitnehmer*innen ausgetragen werden. Neben der
 212 Inflation geht es vor allem um die Kostenexplosion für Wohnen und Wärme und die steigenden
 213 Kosten für Mobilität im ländlichen Raum.

214 Deshalb müssen die Kosten für Wärme und Energie gesenkt werden. Die Wärmeinfrastruktur durch
 215 Fern- und Nahwärmenetze wird eine wesentliche Säule einer an Gerechtigkeit und Teilhabe
 216 orientierten Energiepolitik werden. Aber allein hierfür bedarf es einer Billionen-Euro-Finanzierung,
 217 damit Stadt- und Gemeindewerke die erforderliche Infrastruktur schaffen können. Bei entsprechend
 218 langen Tilgungszeiträumen sowie staatlich abgesicherten Finanzierungskosten lassen sich sozial

219 verträgliche Wärmepreise für diese Infrastruktur sicherstellen. Die nächste Bundesregierung muss
220 deshalb gemeinsam mit Landesbanken, EIB und KfW einen Rahmen schaffen, damit Investitionen im
221 Interesse der Menschen und bezahlbarer Energiekosten möglich sind. Aufgabe des Staates ist es
222 diejenigen Güter der Gemeinschaft bereitzustellen, die Individuen alleine nicht oder nur durch höhere
223 Kosten bereitstellen können. Deshalb wollen wir die Wärmeversorgung in die Daseinsvorsorge
224 aufnehmen, so wie dies auch beim Ausbau des Abwassernetzes gelungen ist. Mit der dringend
225 notwendigen Reform der Fernwärmeverordnung wollen wir die Möglichkeit von sogenannten
226 Contracting-Verträgen, insbesondere für vermietete Wohnhäuser, untersagen. Intransparente und
227 volatile Börsenindizes dürfen nicht länger eine Rolle in Preisgleitklauseln spielen. Das Kostenelement
228 muss die tatsächliche Beschaffung des Versorgungsunternehmens abbilden und beleghaft
229 nachweisbar sein. Das Marktelement muss ein geeigneter und verbindlich festgelegter
230 Wärmepreisindex des Statistischen Bundesamtes sein. Eine Preisaufsicht muss gewährleistet sein.

231 Die Entwicklung der Mieten in den Städten spitzt sich seit Jahren zu. Einerseits schrumpft der Bestand
232 an bezahlbaren Wohnungen durch das Auslaufen von Mietpreisbindungen. Der Neubau von
233 bezahlbarem Wohnraum gelingt jedoch zu langsam. Andererseits haben Inflation und die
234 renditegetriebene Erhöhung von Mietpreisen bspw. durch das Ausnutzen der Lücken der
235 Mietpreisbremse und die Verwendung von Indexmietverträgen, seit 2022 das Problem verschärft. Bis
236 in die Mitte unserer Gesellschaft ist das bezahlbare Wohnen eine existenzielle Frage. Um den
237 Menschen wieder mehr Handlungsspielräume zu eröffnen, brauchen wir eine echte Wende in der
238 Mietenpolitik. Der Staat muss regulierend eingreifen und für echte Chancengleichheit zwischen
239 Mietern und Vermietern sorgen. Insbesondere die Fortschreibung der Mietpreisbremse unter
240 Schließung der Lücken beim möblierten und befristeten Wohnen, ein besserer Mieterschutz durch
241 kommunale Vorkaufsrechte, Kappungsgrenzen sowie einen effektiver Schutz vor Mietwucher und
242 Eigenbedarf sind dabei unumgänglich. Zugleich fordern wir im Bundesrecht die Eröffnung der
243 Möglichkeit für die Länder und die Kommunen, einen regional geltenden Mietenstopp von
244 mindestens 5 Jahren in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten einzuführen. Auch erachten
245 wir eine Verlängerung des Umwandlungsverbots zum Erhalt von Mietwohnungen in angespannten
246 Wohnlagen für zwingend notwendig. Ausnahmen von dieser Regelung müssen reduziert und
247 Kündigungsausschlüsse trotz Eigenbedarfs auf Grund besonderer sozialer Härten eingeführt werden.
248 Modernisierungsumlagen sollen in Zukunft nach der Kostendeckung auslaufen. Oftmals werden die
249 Betriebskosten für Mieter*innen zur Kostenfalle. Wir wollen die Transparenz- und Auskunftspflichten
250 erhöhen und stärken die Position der Mieter*innen, um fehlerhafte Abrechnungen zu korrigieren. Die
251 Erweiterung von Schonfristzahlungen im Mietrecht können den Verlust der Wohnung verhindern. Im
252 Rahmen des Verbandsklagerechts, sind auch Sammelklagen durch Mieter*innen zu ermöglichen.
253 Langfristig müssen wir den profitorientierten Wohnungsmarkt zurückdrängen und durch Formen der
254 Gemeinnützigkeit- und wirtschaftlichkeit ersetzen.

255 Langfristig lassen sich stabile Mieten durch den Neubau von Wohnungen erreichen. Das von der SPD
256 entwickelte Schneller-Bauen-Gesetz im Land Berlin sollte bundesweit Vorbild sein. Der Ansatz muss
257 im Bund auch auf die notwendige Infrastruktur (ÖPNV, Schulen, Kitas etc.) ausgedehnt werden. Mit
258 unserem Landesprogramm für den Sozialen Wohnungsbau im Umfang von jährlich 1,5 Milliarden
259 Euro steuern wir im Rahmen der Möglichkeiten des Landeshaushalts dem Rückgang der
260 Sozialwohnungen aktiv entgegen. Wir fordern vom Bund, jährlich mindestens 15 Milliarden Euro
261 zusätzlich für den Sozialen Wohnungsbau in den Ländern bereitzustellen und die neue
262 Wohngemeinnützigkeit mit einem echten Förderprogramm zu untersetzen. Zusätzlich wollen wir
263 Menschen mit mittlerem Einkommen den (Mit-)Eigentumserwerb durch abgestimmte
264 Fördermaßnahmen ermöglichen. Parallel fordern wir den Bund auf, über die KfW ein kofinanziertes
265 Förderprogramm für Wohnungskäufe durch kommunale Gesellschaften und Genossenschaften
266 aufzulegen. Auch die horrenden Bodenpreise bremsen den Wohnungsbau. Es braucht daher eine
267 grundlegenden Paradigmenwechsel in der Bodenpolitik und um mit regulierenden Gesetzen (z.B. mit
268 einer Bodenwertzuwachssteuer, einem verstärkten Einsatz von Eingriffsrechten, Erbbaurechten und

269 kommunalen Vorkaufsrechten) leistungslose Bodenwertsteigerungen zu Gunsten der Allgemeinheit
270 abzuschöpfen.

271 Gerade für Menschen, die auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen sind, ist das
272 Deutschlandticket von großer Bedeutung. Es hat durch die Überwindung der Tarifgrenzen und durch
273 seinen günstigen Preis Anreize geschaffen, häufiger auf den klimafreundlichen ÖPNV zu setzen.
274 Außerdem ist es auch ein Beitrag zur Stabilisierung der Lebenshaltungskosten, insbesondere für
275 solche Haushalte, die von individueller Mobilität abhängig sind. Das Deutschlandticket war in der
276 Krise und ist für die Zukunft einer gerechten und klimafreundlichen Mobilität eine wichtige
277 Errungenschaft. Während andere das Deutschlandticket abschaffen wollen, ist unser Ziel die
278 dauerhafte und preisgünstige Verstetigung. Es muss mit verlässlichen Investitionen in den
279 öffentlichen Fern- und Nahverkehr verbunden werden. Hierfür braucht es langfristige
280 Finanzierungssicherheit, z.B. durch einen Investitionsfonds oder Transaktionskredite.

281 **4. Ein starker Sozialstaat gibt Halt in bewegten Zeiten**

282 Gerade in Zeiten der Transformation und wirtschaftlicher Unsicherheit müssen sich die Bürger*innen
283 auf einen funktionierenden Sozialstaat verlassen können. Der Sozialstaat hat die Funktion, Menschen
284 dabei zu unterstützen, sich aus Risikolagen zu befreien und in temporären oder dauerhaften Notlagen
285 zu helfen. Wer diesen Sozialstaat kürzen oder abschaffen will, legt die Axt an den Zusammenhalt
286 unserer Gesellschaft. Darum verteidigen wir die bestehenden sozialen Sicherungssysteme, wie die
287 gesetzliche Rente, die Arbeitslosenversicherung, sowie die gesetzliche Kranken- und soziale
288 Pflegeversicherung. Es ist richtig, die Beitragsbemessungsgrenzen dieser Versicherungen im Regelfall
289 jährlich anzuheben.

290 Deshalb stehen wir dafür, die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung
291 weiterzuentwickeln. Eine solche Arbeitsversicherung kann die Beschäftigten und Selbstständigen bei
292 notwendigen Qualifizierungen im Zuge der Transformation noch besser unterstützen.

293 Zusätzlich wollen wir das Rentenniveau langfristig sichern. Den Kern bildet dabei die Stabilisierung des
294 gesetzlichen Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent. Davon profitieren Millionen heutiger
295 Rentner*innen, aber vor allem diejenigen, die in Zukunft in Rente gehen. Eine Erhöhung der
296 Abschläge soll es mit der SPD nicht geben. Gleichzeitig wollen wir den Anstieg der Beiträge zur
297 Rentenversicherung begrenzen, indem wir mehr Menschen (u.a. Selbstständige, Beamte*innen etc.) in
298 die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Zur Sicherung des Rentenniveaus gehört auch der
299 konsequente Ausbau der Betriebsrenten als dritte Säule des Rentensystems. Diese wollen wir über
300 das Betriebsrentenstärkungsgesetz ausweiten und mit einer guten Beratung flankieren. Daneben
301 muss die Grundrente gestärkt werden, die gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen Sicherheit
302 im Alter bietet. Einen weiteren Baustein hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode auf den
303 Weg gebracht, indem sie das freiwillige längere Arbeiten im Alter für alle vorgebracht hat, die dies
304 wünschen. Eine allein auf Renditerwartung gestützte Ausweitung der Aktienrente bei dem der
305 solidarische Gedanke in den Hintergrund tritt, lehnen wir ab.

306 Eine soziale Sicherung ist ohne eine Kindersicherung undenkbar. Zu viele Kinder leben derzeit in
307 Armut. Zwar ist die Kindergrundsicherung in der Ampel gescheitert. Unsere Antwort darf jedoch nicht
308 bei einer geringfügigen Kindergelderhöhung stehen bleiben. Vielmehr müssen die Existenzminima für
309 Kinder im SGB II und XII spürbar erhöht werden. Kurzfristig sollte die Berücksichtigung des
310 Kindergeldes im SGB II und SGB XII so gefasst werden, dass bei Kindergelderhöhungen stets
311 sichergestellt ist, dass diese nicht zur Absenkung der bereits festgelegten Zahlbeträge führen. Es darf
312 wie beim Kinderzuschlag keine Kürzungen im SGB II/XII-Bezug wegen einer Kindergelderhöhung
313 geben. Auch bei der Reform des Unterhaltsvorschlusses muss eine Verbesserung für Alleinerziehende
314 und ihren Kindern herbeigeführt werden. Damit Familien längerfristig besser erreicht werden, bedarf

315 es umfassender Vereinfachungen und Änderungsbereitschaft in allen relevanten Leistungssystemen.
316 Deshalb wollen wir die Leistungen SGB II, Kinderzuschlag und Wohngeld langfristig zusammenfassen.
317 Um die politische und kulturelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu sichern, müssen die
318 Bundesmittel für den Kinder- und Jugendplan des Bundes erhöht werden. Die Jugendverbände und -
319 clubs sind eine zentrale Säule für die Teilhabe finanziell benachteiligter Kinder- und Jugendlicher.

320 Wir sehen die finanziellen Defizite der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung mit
321 großer Sorge. Die erfolgten und weiter notwendigen Beitragsanhebungen stellen eine enorme
322 finanzielle Belastung für Unternehmen wie Beschäftigte dar. Unser langfristiges Ziel ist es, die Basis
323 der Einnahmen zu vergrößern, indem alle Menschen in Deutschland solidarisch in eine Kranken- und
324 Pflegeversicherung einzahlen - die Bürgerversicherung. Kurzfristig wollen wir die Kranken- und
325 Pflegeversicherung durch zusätzliche Steuermittel entlasten, Leistungen unbürokratischer und
326 effizienter gestalten, ohne die Versorgung für die Menschen zu verschlechtern.

327 Die mit der Einführung des Bürgergeldes eingeleitete Abkehr von Hartz IV war richtig. Wir werden
328 gemeinsam die anhaltenden Angriffe auf dieses zentrale SPD-Projekt abwehren. Es braucht eine
329 bessere finanzielle Ausstattung der Jobcenter für die effektive Betreuung und Weiterbildung von
330 Menschen. Dabei achten wir darauf, dass der Sozialstaat keine einseitige Leistung darstellt. Unser
331 Sozialstaat zeichnet sich durch Solidarität und Eigenverantwortung aus. Das Beispiel des Job-Turbos,
332 um Geflüchtete in Arbeit zu bringen, unterstreicht dies sehr gut: Wir stehen in der Verantwortung,
333 die Leistungen und die Unterstützung (z.B. durch ausreichende Kita-Plätze) der arbeitssuchenden
334 Menschen besser zu verzahnen, sodass die Erfolgsquoten deutlich ansteigen.

335 **5. Vielfalt, Zusammenhalt und Teilhabe für eine starke Demokratie**

336 Wir sehen, dass sich neben der wirtschaftlichen auch die soziale Spaltung der Gesellschaft weiter
337 verstärkt. Wir kämpfen für eine offene Gesellschaft, die Stärke aus ihrer Vielfalt zieht und jedem
338 Menschen Respekt und Anerkennung entgegenbringt. Wir stellen uns gesellschaftlicher Spaltung,
339 Diskriminierung, Hass und Hetze konsequent entgegen.

340 Die Zahl von Fällen digitaler Gewalt gegen Frauen ist zuletzt deutlich angestiegen. Fast täglich passiert
341 ein Femizid in Deutschland. Alle drei Minuten erlebt eine Frau oder ein Mädchen in Deutschland
342 häusliche Gewalt. Viele Frauen können ihren gewalttätigen Partner nicht verlassen, da sie keine
343 Wohnung für sich und ihre Kinder finden. Frauenhäuser sind überlastet. Wir stehen in der Pflicht, die
344 Istanbul-Konvention umzusetzen. Das Gewalthilfegesetz muss schnellstmöglich verabschiedet
345 werden, um u.a. den Schutz in Frauenhäusern und Beratung für Betroffene abzusichern und
346 auszubauen. Ein Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt muss schnellstmöglich kommen.

347 Die Gleichstellung von Frauen und Männern bleibt eine Aufgabe für alle Politikbereiche. Hierzu zählt
348 auch der Zugang zu legalen, sicheren und wohnortnahen Schwangerschaftsabbrüchen. Daher fordern
349 wir die Abschaffung des § 218 StGB. Reproduktive Rechte gehören nicht ins Strafrecht – daher wollen
350 wir Fragen des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuchs regeln und die Versorgung
351 stärken.

352 Mit der Ampelkoalition konnten wir eine Vielzahl Gesellschaftlicher Modernisierungen umsetzen,–
353 etwa die Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche, das Verbot der
354 "Gehsteigbelästigung", die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts, die Verabschiedung des
355 Selbstbestimmungsgesetzes und die Abschaffung des Blutspendeverbots für queere Menschen. Es
356 bleiben jedoch noch viele Vorhaben offen, die wir in einer neuen Koalition umsetzen wollen.

357 Sorgearbeit ist unerlässlich für eine solidarische und inklusive Gesellschaft. Durch gezielte
358 Maßnahmen wollen wir einen Beitrag dafür leisten, dass Familien mehr Zeit füreinander haben,
359 Sorgearbeit gerechter verteilt werden kann und gerade Alleinerziehende besser unterstützt werden.

360 Wir stehen zu einer Modernisierung des Familienrechts, dass allen Familien in ihrer Vielfalt eine
 361 verlässliche und alltagstaugliche Absicherung garantiert. Dazu zählen u.a. eine Ausweitung des
 362 „kleinen Sorgerechts“ und die stärkere Berücksichtigung von Regenbogenfamilien. Hierzu muss das
 363 Abstammungsrecht schnellstmöglich modernisiert werden, sodass bei einem Kind, das in die Ehe
 364 zweier Frauen geboren wird, automatisch beide Mütter ohne vorheriges Adoptionsverfahren
 365 rechtliche Eltern sind. Auch außerhalb der Ehe muss die Anerkennung der Elternschaft
 366 geschlechtsunabhängig möglich sein.

367 Angesichts zunehmender queerfeindlicher Gewalt und gesellschaftlicher Rückschritte sind Sicherheit
 368 und Schutz vor Diskriminierung für die queeren Communities von immenser Bedeutung. Artikel 3
 369 Absatz 3 des Grundgesetzes muss deshalb um ein explizites Diskriminierungsverbot wegen der
 370 geschlechtlichen und sexuellen Identität ergänzt werden. Darüber hinaus ist eine umfassende
 371 Strategie gegen Hassverbrechen, einschließlich besserer Datenerfassung, Sensibilisierung der
 372 Behörden und konsequenter Strafverfolgung queerfeindlicher Motive unabdingbar. Dazu gehören
 373 auch rechtliche Anpassungen, sowie eine verstärkte digitale Gewaltprävention. Auch eine
 374 bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung, einschließlich Kostenerstattung für
 375 geschlechtsangleichende Behandlungen durch die gesetzlichen Krankenversicherungen, muss ein
 376 klarer Bestandteil unserer Forderungen bleiben. Außerdem spielt die Frage der rechtlichen
 377 Gleichstellung und gesundheitlichen Versorgung bei der Wahl des Wohn- und Arbeitsortes bzw. -
 378 landes für viele eine nicht unwesentliche Rolle. Wir setzen uns dafür ein, alle Bereiche des
 379 öffentlichen und privaten Lebens barrierefrei zu gestalten – vor allem bei der Mobilität, beim
 380 Wohnen, in der Gesundheit und im digitalen Bereich.

381 Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung sind der Kampf gegen Rechtsextremismus
 382 und der Einsatz gegen Verschwörungsideologien wichtiger denn je. Deshalb wollen wir die
 383 Demokratieförderung und politische Bildung stärken und auf eine dauerhaft verlässliche Basis stellen.
 384 Deshalb setzen wir uns für die Verabschiedung eines Demokratieförderungsgesetzes ein. Rechtliche
 385 Instrumente gegen Hass im Netz und für die digitale Gewaltprävention wollen wir weiterentwickeln
 386 und effektiv gestalten.

387 **5. Unsere äußere Sicherheit braucht ein starkes Europa**

388 Europa und Deutschland sind mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine in einer neuen Realität
 389 aufgewacht. Olaf Scholz hat diese Zäsur als Zeitenwende bezeichnet. Deutschland muss für die eigene
 390 und europäische Sicherheit aufkommen, in Sicherheit und Verteidigung investieren, und unser Land
 391 und unser Wertesystem gegen Angriffe von außen verteidigen. Dazu gehört auch die Abwehr von
 392 Infiltration und Spionage zur Aneignung von geistigem Wissen und Eigentum aus Wissenschaft und
 393 Wirtschaft durch andere Staaten. Besonders perfide sind die immer häufiger stattfindenden Angriffe
 394 auf unsere Demokratie durch Fake News, Propaganda und Hass sowie die Unterstützung
 395 populistischer Parteien.

396 Zeitenwende Politik bedeutet daher die Stärkung der Demokratie, ihrer Institutionen und ihrer
 397 Diskursräume für demokratische Debatten. Ebenso erfordert es umfangreiche Investitionen von Staat
 398 und Wirtschaft in Cybersecurity und resiliente Lieferketten, die verhindern, dass die deutsche
 399 Wirtschaft nochmals in ähnliche Abhängigkeiten gerät, wie dies für russisches Erdgas galt. Dabei sind
 400 insbesondere wichtige Rohstoffe und die Rolle Chinas in den Rohstofflieferketten zu überdenken.

401 Olaf Scholz und die Bundesregierung haben immer verdeutlicht, dass sie vollständig und vorbehaltlos
 402 hinter der Ukraine stehen. Darum hat Deutschland die Ukraine militärisch, humanitär und
 403 wirtschaftlich, wie kaum ein anderes Land unterstützt. Diesen zielgerichteten und abgewogenen Kurs
 404 unterstützen wir sehr. Auch hat die deutsche und europäische Gesellschaft eine große Zahl
 405 ukrainischer Flüchtlinge aufgenommen und Solidarität gezeigt. Andererseits hat der Bundeskanzler

406 sein Handeln kontinuierlich an drei Kriterien festgemacht: So darf die NATO nicht zur Kriegspartei
407 werden, die eigene Verteidigungsfähigkeit sollte zu jeder Zeit gewahrt bleiben und das Vorgehen
408 Deutschlands geschieht in stetiger Absprache mit den Verbündeten. Nach 1.000 Tagen
409 völkerrechtswidrigem Krieg und zahllosen russischen Kriegsverbrechen sowie einem kontinuierlichen
410 Vorrücken der russischen Armee aufgrund Geräte- und Munitionsmangel der ukrainischen Verteidiger
411 sowie der Internationalisierung des Krieges durch den Einsatz nordkoreanischer Soldaten ist klar, dass
412 unsere Unterstützung angepasst werden muss. Es ist im europäischen und deutschen Interesse, dass
413 die Ukraine den Krieg gegen Russland nicht verliert. Die Bestände der Bundeswehr und Nachschub für
414 die Ukraine müssen durch stark beschleunigte Beschaffung aufgefüllt werden.

415 Der Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident wird voraussichtlich einen tiefen Einschnitt in der
416 gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik bedeuten und Europa vor neue
417 Herausforderungen stellen. Die nationalistische Trump-Administration wird die internationale
418 Solidarität erneut vernachlässigen. Für Europa hat dies weitreichende Konsequenzen: Die Europäer
419 werden die Hauptlast für die Unterstützung der Ukraine, die Sicherheit des Kontinents und die
420 Stabilität der Nachbarschaft tragen müssen.

421 Europa und die künftige Bundesregierung muss in Abstimmung mit den internationalen Partnern und
422 Verbündeten seine konventionelle Abschreckungsfähigkeit herstellen und die Verteidigungsausgaben
423 erhöhen. Aufgrund unserer Bündnisverpflichtungen und unseren eigenen Sicherheitsinteressen,
424 werden wir das 2-Prozent-Ziel einhalten und wenn nötig überschreiten. Die Ukraineunterstützung soll
425 deshalb mit einer Ausweitung des Sondervermögens einhergehen.

426 **6. Unsere Zukunftsinvestitionen brauchen größere haushalterische Spielräume**

427 Die KfW hat 2023 die transformationsbedingten Zusatzinvestitionen auf 5 Billionen Euro bis 2045
428 beziffert. Rund 20% davon müssten gerade bei der Erneuerung oder dem Aufbau von Infrastrukturen
429 von der öffentlichen Hand geleistet werden. Auch die Kosten der Sicherheit und Verteidigung steigen.

430 Wer resiliente Lieferketten und ein Netzwerk von Partnern Deutschlands in der Welt will, muss die
431 Zusammenarbeit in der Welt ausbauen und in diese Partnerländer investieren, wofür es eine Stärkung
432 des Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit braucht. Die Stärkung des deutschen und
433 europäischen Standorts im Wettbewerb und ein drohender Handelskrieg zwischen China und den
434 USA wird erfordern, dass wir im Wettbewerb um Standortbedingungen und Industriepolitik mithalten
435 und dem Inflation Reduction Act vergleichbare, wirksame Programme auflegen.

436 Vor uns liegen Zeiten, in denen der Staat als aktiver und investierender Akteur, als Garant der
437 Infrastrukturen und als Motivator privater Zukunftsinvestitionen eine viel umfangreichere Rolle
438 spielen wird als in den vergangenen Jahrzehnten.

439 Wir sagen: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Daher ist es für uns ein untragbarer
440 Zustand, dass Deutschland zu den ungleichsten Gesellschaften im Euroraum zählt. So ist das sich in
441 Deutschland befindende Vermögen enorm hoch, jedoch gleichzeitig extrem ungerecht verteilt. Nach
442 aktuellen Zahlen besitzen die wohlhabendsten zehn Prozent der Gesellschaft ca. 60 Prozent des
443 Gesamtvermögens, während die vermögensschwächere Hälfte der Gesellschaft lediglich 2,3 Prozent
444 des Gesamtvermögens besitzen.

445 Wir sagen auch, die Erneuerung unserer Infrastruktur und die Investition in eine klimaneutrale
446 Gesellschaft sind Leistungen, die wir auch für nachfolgende Generationen erbringen. Darum ist es
447 generationsgerecht, wenn wir aktuell der Gesellschaft die ökonomische und kulturelle Dimension der
448 Transformation zumuten, die Refinanzierung aber zumindest teilweise, wie vom Institut der
449 Deutschen Wirtschaft vorgeschlagen, in die Zeit nach 2045 verschieben.

450 Zwar können auch unter dem Rechtsrahmen der aktuellen Schuldenbremse schon heute Programme
 451 zur Transformation im Rahmen von Sondervermögen auf Darlehens- statt Zuschussbasis aufgesetzt
 452 werden. Hiervon sollte auch die nächste Bundesregierung stärker Gebrauch machen. Dennoch bleibt
 453 die Abschaffung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ein zentraler Beitrag zu
 454 Generationengerechtigkeit und zur Erhaltung des deutschen und europäischen Wirtschaftsstandorts.
 455 Wir werden uns deshalb für ihre Abschaffung einsetzen. Solange die Schuldenbremse besteht muss
 456 insbesondere die Unterstützung der Ukraine hilfsweise außerhalb oder als Ausnahme von der
 457 derzeitigen Schuldenbremse abgesichert werden. Teil einer solchen Finanzpolitik müssen aber auch
 458 Transaktionskredite, KfW oder EIB basierten Programme, und die Instrumente der europäisch
 459 solidarischen Finanzierung wie dies beim ESM oder eine anzustrebenden Fiskal- und Bankenunion der
 460 Fall ist, sein. Die Möglichkeiten neuer Finanzierungsinstrumente wie gemeinsame Eurobonds zur
 461 Finanzierung von Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Maßnahmen sollten vorangetrieben
 462 werden.

463 Eine faire Lastenverteilung setzt auch eine Steuerreform voraus. Darum wollen wir eine grundlegende
 464 Reform der Einkommenssteuer. Unser Ziel ist es, dass die große Mehrheit von 95% der
 465 Steuerzahlenden entlastet wird und nur das höchste 1 Prozent der Einkommen stärker in die
 466 Verantwortung genommen wird. Im Rahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer sehen wir
 467 ebenfalls großen Reformbedarf, da über diesem Wege weitreichend die aktuell ungerechten
 468 Vermögensverhältnisse in der Gesellschaft verfestigt werden. Hierzu müssen auch Erbschaften und
 469 Schenkungen progressiv besteuert werden. Es war Olaf Scholz der zur Stärkung der globalen
 470 Solidarität und für den Aufbau eines weltweit gerechteren Steuersystems eine globale
 471 Mindestbesteuerung umgesetzt hat. Den Weg zur globalen Steuergerechtigkeit wollen wir nun mit
 472 einer globalen Vermögenssteuer für Milliardäre - wie sie von Svenja Schulz und ihren
 473 südafrikanischen Amtskollegen vorgeschlagen wurde - fortsetzen. Diese sozial ausgewogene Reform
 474 wird den Menschen in unserem Land mehr finanziellen Spielraum geben, die Kaufkraft stärken und
 475 die Steuerzahler insgesamt entlasten. Damit kurbeln wir die Wirtschaft aus der breiten Mitte der
 476 Gesellschaft an.

477 **Und deshalb gilt: Deutschland hat die Wahl!**

478 Die Bevölkerung muss entscheiden, wie das Land und die Gesellschaft in einem radikal veränderten
 479 Umfeld Gestaltungsmacht zurückgewinnen können. Zur Wahl stehen unterschiedliche Gesellschafts-
 480 und Wirtschaftsmodelle.

481 Um den populistischen Herausforderungen entgegenzutreten, ist es wichtig, den Bürger*innen klar zu
 482 sagen, was auf sie zukommt und was das für uns alle bedeutet. Die große Mehrheit der Bevölkerung
 483 hat längst verstanden, dass Veränderungen anstehen. Sie haben aber die Befürchtung, dass es am
 484 Ende die arbeitenden Menschen sowie diejenigen ohne Einkommen und Vermögen sein werden, die
 485 die Kosten zu tragen haben. Das ist die Grundstimmung, auf der die Populisten mobilisieren. Hier
 486 müssen wir ansetzen. Für eine Politik der Breite der Gesellschaft.

487 **Am 23. Februar 2025 entscheidet sich, ob Deutschland eine Regierung erhält, die sich den**
 488 **Zukunftsaufgaben stellt, ohne dabei Verteilungskonflikte gegen Menschen mit unterem und**
 489 **mittlerem Einkommen auszulösen Es entscheidet sich, ob wir uns für eine Stärkung unserer**
 490 **Demokratie einsetzen. Wir sind sicher, eine solche Regierung muss von Sozialdemokratinnen und**
 491 **Sozialdemokraten geführt werden. Darum werden wir in den kommenden Wochen unsere gesamte**
 492 **Kraft einsetzen, um hierfür zu kämpfen.**